

Quelle: NZZ vom 10.4.2018

## Alternativen zu Privatisierungen gesucht

P. S. · Bleibt die Frage, welche Schlussfolgerungen sich aus den Befunden über die letzten zwanzig Jahre «moderner» Staatswirtschaft in der Schweiz ziehen lassen. Privatisierungen staatlicher Unternehmen, so der Tenor der Fachleute, sind heute nicht mehrheitsfähig. Infrage kommen allenfalls Verkäufe bestimmter Teile von staatlichen Unternehmen. Als politisch gangbarer Weg werden auch Partnerschaften zwischen staatlichen und privaten Unternehmen eingeschätzt. Allerdings lauern gerade hier aufgrund der traditionellen Marktmacht der staatlichen Akteure Risiken hinsichtlich noch grösserer Marktverzerrungen.

Als eine Art Konsens kristallisierte sich an der Tagung ein Weg heraus, der auf Rahmenbedingungen abzielt, die Wettbewerbsverzerrungen zumindest reduzieren. Einen konkreten Ansatz skizziert der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger in einer parlamentarischen Initiative, die er im Dezember 2017 eingereicht hat. Er will Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, daran hindern, aus ihren «hoheitlichen Aufgaben» auf dem freien Markt Konkurrenzvorteile zu ziehen. Er denkt dabei zum Beispiel an Informationen und finanzielle Mittel, die sie aus Aufträgen zur Grundversorgung oder aus Monopolen generieren.

Konkret zielt er auf Unternehmen von Kantonen und Gemeinden oder solche, die von diesen konzessionierte Monopole innehaben: Diese Körperschaften sollen explizit weder finanzielle Mittel noch Daten oder Ressourcen verwenden dürfen, um gewerbliche Tätigkeiten in geöffneten Märkten in irgendeiner Weise zu alimentieren. Kantone und Gemeinden sollen zu diesem Zweck der Wettbewerbskommission jährlich Bericht erstatten müssen über die Notwendigkeit ihrer eigenen gewerblichen Tätigkeiten. Diese hätte dann über deren Zulässigkeit zu entscheiden.